

„Der Schwanz will mit dem Hund wedeln“

Der Vertrag zwischen Staat und „Solidarność“ in Polen / Von Adam Michnik

Der Warschauer Historiker Adam Michnik, 42, wegen System-Kritik mehrfach im Gefängnis, hat an den Gesprächen zwischen Staatsmacht und Opposition am Runden Tisch als Berater der „Solidarność“ teilgenommen.

Zwei Monate lang mußte ich mich als Teilnehmer der Verhandlungen am Runden Tisch immer wieder an einen Perestroika-Trinkspruch erinnern, den ich von einem Moskauer Freund gehört hatte: „Also heben wir unser Glas auf das Gelingen und den Erfolg unserer hoffnungslosen Sache!“

Am Runden Tisch unternahmen wir ja nicht zum erstenmal den Versuch einer Reform des Systems. Ungeachtet der zahlreichen früheren Mißerfolge formulierten wir die Hauptgrundsätze eines demokratischen Zusammenwirkens zwischen Staatsmacht und Opposition – mit dem Ziel einer Entstalinisierung und in der Absicht, Polen endlich aus seiner Wirtschaftskatastrophe herauszuführen.

Zu diesen Grundsätzen gehören: politischer Pluralismus; Meinungsfreiheit (was einen freien Zugang zu den Massenmedien voraussetzt); demokratische Wahlen; Unabhängigkeit der Gerichte; eine frei gewählte und mit umfangreichen Vollmachten ausgestattete kommunale Selbstverwaltung.

All das, so wurde gemeinsam festgeschrieben, soll den Weg zur parlamentarischen Demokratie ebnen, und alle Seiten, die an den Verhandlungen teilgenommen haben, würden „alles tun, damit die Zusammensetzung des nächsten Parlaments voll und ganz vom Wählerwillen bestimmt wird“.

Doch von den Abgeordneten im nächsten Sejm werden nur maximal 35 Prozent wirklich demokratisch gewählt sein. Dieser Kompromiß ist Ausdruck der gemeinsamen Überzeugung, daß die notwendigen Reformen des Staates nur auf evolutionärem, also friedlichem Weg erfolgen können.

Das Argument der Kraft ist durch die Kraft der Argumente ersetzt worden. Doch für wie lange?

Die Verhandlungen waren schwierig und nicht frei von Dramatik. Während wir die Dokumente am Runden Tisch formulierten, den Katalog der Grundsätze zusammenstellten, welche die Polen künftig verbinden sollen, war uns ständig bewußt, was die Polen trennt.

Es gab grundsätzliche Meinungsunterschiede über das Tempo der Reformen. Das Wichtigste für die Vertreter der „Solidarność“ war, über das Erreichbare hinaus demokratische Mechanismen von größerer Tragweite in Gang zu bringen.

Es wurde beschlossen, bestimmte Handlungsbereiche der Sicherheitsorgane einer gerichtlichen Kontrolle zu unterwerfen, und die Funktionsweise der Massenmedien, besonders des Fernsehens und des Rundfunks, zu verändern – Teile des Programms werden in die Verantwortung oppositioneller Kreise übergehen. Schließlich haben wir auch Änderungen in der Arbeitsweise der kommunalen Selbstverwaltung und in der Personalpolitik verlangt.

Der Grund für diese Hartnäckigkeit lediglich in übertriebener Vorsicht oder in dem Mangel an Vorstellungskraft unserer Gesprächspartner zu suchen ist.

Der Streit um die Nomenklatura, der ja nur die logische Konsequenz aller anderen Kontroversen ist, stellt in seinem Wesen den Konflikt um den eigentlichen Kern der stalinistischen Ordnung dar. Hier wird sich, nicht nur in Polen, sondern auch in der UdSSR, die wichtigste Schlacht abspielen.



Unterhändler Michnik (M.), Kollegen am Runden Tisch*: „Kraft der Argumente“

Hier hat die Regierungsseite, ansonsten in ihren Erklärungen durchaus liberal, konservative Hartnäckigkeit gezeigt. Wir von der „Solidarność“ haben behauptet, „eine Abschaffung des Nomenklatura-Systems als einer universalen Methode der Machtausübung ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg wirtschaftlicher und politischer Reformen sowie ein unerläßlicher Faktor der gesellschaftlichen Aktivierung“.

Deshalb auch unsere Forderung nach einer Beseitigung der bisherigen Nomenklatura-Praxis. Denn alle Personen, die leitende Positionen in der Wirtschaft innehaben oder sich darum bewerben, werden bisher durch politische oder gesellschaftliche Organisationen beurteilt, empfohlen und akzeptiert. Doch in dieser Frage waren wir nicht imstande, unsere Verhandlungspartner zu Zugeständnissen zu bewegen. Ich glaube nicht, daß

Im Laufe vieler Jahre habe ich – auch im SPIEGEL – Parteichef Jaruzelski kritisiert und ihm vorgeworfen, er sei zu einem Dialog mit der „Solidarność“ nicht fähig. Heute möchte ich genau so offen sagen, daß ich mich geirrt habe. Wojciech Jaruzelski ist auf den Dialog eingegangen. Diese mutige politische Neuorientierung verdient unseren Respekt.

Es wäre freilich in diesem Moment angebracht, an die Worte von Lech Wałęsa zu erinnern: Die Mitverantwortung reicht nur so weit wie die Mitbestimmung. Deshalb muß nach unserer Überzeugung das Nomenklatura-Prinzip durchbrochen werden.

Aber ich gebe mich keinen Illusionen hin: Dieses Prinzip wird hart und rücksichtslos verteidigt werden von all de-

* Links: „Solidaritäts“-Berater Jacek Kurón.

nen, die ihm ihre Teilnahme an der Macht und den damit verbundenen Privilegien verdanken.

Das Gespenst des Stalinismus spukt immer noch in den Amtsräumen der polnischen Nomenklatura. Besonders kraß zeigt es sich in den Äußerungen der Funktionäre von der Staatsgewerkschaft OPZZ. Denn um diese Organisation haben sich die Verteidiger eines stalinistischen Kommunismus in Polen geschart.

Sie waren es auch, die am Runden Tisch bis zum letzten Augenblick versucht haben, eine Verständigung zu verhindern. So steht jetzt Jaruzelski samt seiner Mannschaft vor der Wahl: ein Kompromiß mit der einen Seite mit dem Ziel einer Demokratisierung, oder aber ein Kompromiß mit der anderen Seite zur Aufrechterhaltung der Nomenklatura-Privilegien. Wählen muß er, denn wie es so schön heißt: Man kann den Kuchen nicht essen und zugleich behalten.

Der Widerstand der OPZZ gegen eine Einschränkung des automatischen Inflationsausgleichs der Löhne beweist, daß die Gewerkschaftsapparatschiks, wenn es um die Verteidigung ihrer gefährdeten Positionen geht, vor keiner Demagogie zurückschrecken.

Ein Sieg der OPZZ-Opposition kann in seiner Konsequenz nur eine erneute Verhängung des Kriegsrechts sein. Für Polen, aber nicht nur für Polen, wäre das eine Katastrophe.

In unserem Land, wie auch in der UdSSR und in jedem anderen Land des Realkommunismus, stoßen reformatorische und demokratische Bestrebungen auf den harten Widerstand der nach stalinistischen Vorbildern erzogenen Nomenklatura. Deshalb hängt in diesem Konflikt vieles von der Haltung jenes Flügels im Regierungslager ab, der den Weg zum Runden Tisch gefunden hat.

Noch ist der OPZZ-Chef Miodowicz mit einigem Erfolg dabei, eine konservative, stalinistische Lobby zu organisieren. Er genießt dabei tatkräftige Unterstützung von seiten der konservativen Führer in den kommunistischen Zentralen Ost-Berlins und Prags.

Deshalb erinnern die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Jaruzelski und der OPZZ an eine Situation, in der nicht der Hund mit dem Schwanz, sondern der Schwanz mit dem Hund zu wedeln versucht. Deshalb werden die nächsten Monate nicht leicht sein für die Polen.

Doch ich sehe keinen besseren Weg für Polen als die Verwirklichung der am Runden Tisch geschlossenen Abkommen. Meine Hoffnung ist, daß der Schwanz bald aufhören muß, mit dem Hund zu wedeln.

Und deshalb bringe ich, besorgt, aber optimistisch, einen Toast aus auf das Gelingen und den Erfolg unserer hoffnungslosen Sache.



Sozialdemokrat Ruttner
„Bisher nur Versprechungen“

lösen. Die USAP, sagt Sprecher László Major, wolle keine Sonderstellung, sie sei eine Partei wie jede andere auch, mit denselben Rechten und Pflichten. Die Kommunisten seien sogar bereit, in die Opposition zu gehen, wenn sie bei den Wahlen 1990 eine Schlappe erlitten.

An die Möglichkeit einer Niederlage mag Parteichef Grösz einstweilen nicht glauben: Seine Partei werde sich „auch künftig im politischen Feld die führende Rolle erkämpfen“.

Der Optimismus ist nicht unbegründet, denn die Kräfte der Opposition sind zersplittert und vor allem auf Budapest konzentriert.

„Die Kommunisten haben alles, wir haben nichts“, stellt der Sprecher der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei, der Rechtsanwalt György Ruttner, bitter fest. Noch kontrolliert die USAP die Medien, auch wenn die Zeitungen die Regierung und oft auch die kommunistische Partei mit einer Schärfe kritisieren, die noch vor einem Jahr unvorstellbar gewesen wäre.

Bislang verfügt erst eine einzige alternative Gruppe, das nationalistisch orientierte Ungarische Demokratische Forum, über ein eigenes Presseorgan – die Wochenzeitung „Hítel“, die landesweit gelesen wird.

„Nach den Wahlen 1990 wird das Parlament anders aussehen“, versichert György Ruttner dennoch. Die Sozialdemokratische Partei, die im Januar wiederbelebt wurde, zählt bereits über 20 000 Mitglieder: „Dabei besitzen wir weder ein Büro noch eine eigene Zeitung, nicht einmal eine Schreibmaschine. Wir sind gezwungen, unsere Versammlungen in privaten Wohnungen oder Gaststätten abzuhalten“, klagt Ruttner.

Wie alle anderen unabhängigen Parteien kämpfen auch die Sozialdemokra-

AKG

ACOUSTICS

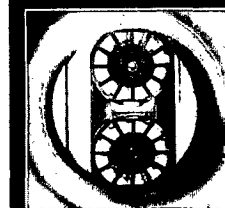
K280 Parabolic

„...musizierte so ausgewogen wie keiner seiner Konkurrenten“

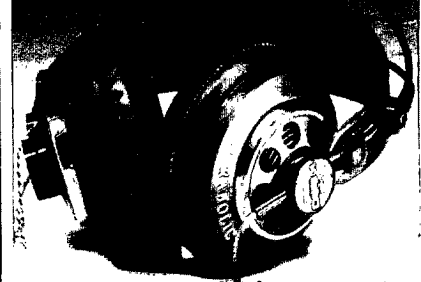
(aus Audio 12/87)



Er hat die „akustische Linse“. Zwei dynamische Wandler pro Kanal. Sie erleben Volumen und Räumlich-



keit in bisher nicht gekannter Form. Gönnen Sie sich eine faszinierende Hörprobe im guten Fachhandel.



Kopfhörer
Tonabnehmer
Mikrofone
Studiogeräte
Telecom